

WAHLPROPAGANDA DER SPD

Da ist zunächst die Rede von der Sicherheit der Arbeitsplätze, die wir natürlich der SPD zu verdanken haben, wo doch einwandfrei erwiesen ist, dass in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung, und sei sie noch so liberal und sozialdemokratisch, was sie bei uns noch nicht mal ist, sichere Arbeitsplätze eine Illusion sind da ohne die Vorgeellschaftung der Produktionsmittel die chaotische Anarchie der sogenannten freien Marktwirtschaft und des Privatbesitzes an Produktionsmitteln eine permanente Bedrohung der Arbeiter und deren Interessen darstellt. Viel besser und treffender hat das übrigens der Sozialdemokrat und Gewerkschafter Victor Agartz formuliert.

Statt dessen ist da von einer mystischen Mitbestimmung die Rede, als ob es den Arbeitern darum gehe, statt von ihren unternehmerischen Ausbeutern allein, nun auch noch von einer Funktionärsclique aus der Gewerkschaftsbürokratie gegängelt zu werden. Da wird nichts erwähnt von Selbstbestimmung, Arbeiterkontrolle, Arbeiterräten in den Betrieben, alles das ist für die SPD natürlich höchst indiskutabel.

Dafür werden Gespräche zwischen der BRD und der DDR propagiert, als ob man nicht genau wüsste, dass es niemals zu solchen Gesprächen kommen wird, solange die westliche Seite die Realitäten nicht begreifen will, die DDR nicht völkerverrechtlich anerkennt, die Oder-Neisse Linie und die nach 1945 revidierten Grenzen akzeptiert, das ungenügende Abkommen annulliert. Oder nennt die SPD das Friedenspolitik, wenn die Bundesregierung von einem seit über 20 Jahren existenten Staat als "Phänomen" spricht, keine Grenzen anerkennt, den Status verändern will, laut Kiesinger, und permanent üble Kriegshetze betreibt wie die Revanchistenführer Becher, Kather u. Co.

Also wird die Nato als Mittel zur Entspannung und Sicherheit der Freiheit des westlichen Europas dargestellt, und es wird kein Wort darüber verloren, dass in Griechenland der faschistische Terror mit einem Manöverplan der Nato begann, dass die Nato-Partner die griechische Armee, die das eigene Volk brutal unterdrückt, weiterhin mit Waffen aller Art aufrüstet, es wird nichts gesagt über den Genozid der Nato-Macht Portugal in Mosambique und Angola, auch hier unterstützt die BRD ihren Partner durch Waffenlieferungen, und gänzlich verschwiegen wird die Rolle des Nato-Führers USA in Vietnam. Es ist anzunehmen, dass nach der Terminologie der SPD auch dort die "freie westliche Welt" verteidigt wird, zwar auf Kosten einiger hunderttausend Vietnamesen, aber das soll die Sozialdemokraten nicht jucken.

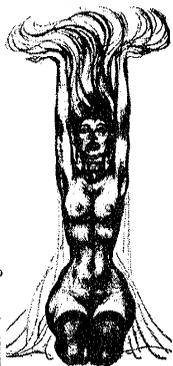
Völlig sinnlos sind auch Kritiken an dem ehemaligen Nazi-Propagandisten oder dem zukünftigen Thaden-Sozius. Aber Grass hat in der Tat noch nicht realisiert, dass das System schon längst ohne Führer auskommt, sind doch die "Herren an der Spitze" sämtlich fungibel und austauschbar. Die politische Impotenz der Charaktermasken und Marionetten von Schlage Schütz, Benda, Barzel ist das Erfolgskriterium, das den Blitzkarrieristen des Parteienkartells exemplarisch anhaftet. So muss auch die neue Nazi-Partei als Prügelknabe erhalten, um der Es pe de Stimmen zu bringen. Hartnäckig wird ihr Verbot gefordert, in der Hoffnung, dann endlich gegen den wahren Innenfeind, die AfD und primär den SDS vorgehen zu können. Schnell wird also das Schlagwort vom Linksfaschismus geprägt und es ist ganz klar, dass es diejenigen difamieren und diskreditieren soll, die die Aushöhlung demokratischer Institutionen und die schlechteste Entwertung der Grundrechte radikal bekämpfen.

Beim Vergleich mit Weimar operiert die SPD mit der Lüge von der "Zerreibung der Weimarer Republik zwischen links und rechts". Sie ignoriert die Wahrheit, dass Weimar zu Grunde gehen musste, weil die rechten SPD-Führer die Arbeiter verrietten, das verfaulte Establishment der Kaiserzeit nicht entmachtete wurde, die von der Partei gegängelten Gewerkschaften nur noch eine erstarrte bürokratische Bewegung darstellten, die keine Massen



Tina Putt

»Zur Wanne«



Altfilmer, Jungfilmer, Schriftsteller und ganz Normale

die Kneipe für Künstler, Pseudokünstler, Revolutionäre

1 Berlin 31
Holsteinische Straße 17
Telefon 86 21 93
Geöffnet von 19.30-5 Uhr



SOLIDARITÄT SOLIDARITÄT

Am 3. 7. 69, 11h, findet im RC, Wielandstr. 27, eine Pressekonferenz statt.

Anschließend gehen die zu dieser Aktion bereiten Genossen Deserteure zum Polizeirevier in der Stephanstr. in Moabit, um sich nach über einen Jahr Aufenthalt in Berlin endlich anzumelden. Es ist möglich, daß man die Genossen zwecks U-Haft-Besuch abführen wird. Diese U-Haft-Vorfugung wäre in jedem Fall widerrechtlich und würde den Tatbestand der Freiheitsberaubung erfüllen, da das Berliner Gesetz keinerlei Richtlinien in Bezug auf Amts- u. Rechts-hilfe in Bundeswehrangelegenheiten enthält.

Kommt massenhaft nach Moabit, Polizeirevier Stephanstr. um 12 Uhr.

SOLIDARITÄT SOLIDARITÄT

mehr mobilisieren und zu spontanen Aktionen aufrufen könnte, und

weil die SPD das Bündnis mit der KPD einschlug. So ist die Partei bis heute da geblieben, was Rosa Luxemburg einst von ihr sagte, nämlich "die Hure des Kapitals", und es ist nicht anzunehmen, dass sich dieses effektive Faktum einmal ändern wird.

Es grüßt sozialistisch

Werner Oller

Die Demokratie des Senats in der Praxis

Die Vorgänge vor und nach der Wahl des neuen Konvents an der PH sind in mehr als in einer Beziehung Musterbeispiele für die "freiheitlich demokratische" Situation in dieser Stadt.

Es ermöglichten nach Kenntnis der Hintergründe tiefe Einblicke in die wahren Interessen dieses Senats und seiner Hintermänner, da hier selbst das Scheinmangeln von Rechtsstaatlichkeit nicht mehr oder nur ungenügend gewahrt wurde. Es handelt sich bei diesen Vorfällen keineswegs um Bundesangelegenheiten, sondern nur um besonders transparente und deshalb gut aufzufangbare Maßnahmen dieses Systems gegen echte Demokratisierung. Nur im Zusammenhang mit den Notstandssetzungen, den Terrorurteilen gegen junge Demokraten, dem neuen Ordnungsrecht, den brutalen Polizeieinsätzen, spricht der gesamte Politik der Bundesregierung und ihres Fraktionen, dem Berliner Senat, wird deutlich, wessen Interessen hier gewahrt werden. So geht um die zwangsweise Aufrechterhaltung der Ausbeutung und der Demokratie für die Unternehmer.

Was war geschehen?

Vor einigen Tagen erklärte Senator Stein, daß die letzten Bundestagswahlen an der PH ungültig seien, nicht etwa, weil undenkmalig gewählt worden war, sondern weil die Sitzung der PH seit 5 Jahren nicht unterschrieben worden sei. Die Frage, warum der Senat erst jetzt diesen Vorwähler aussagt und getunheitlich macht, läßt einen kurzen Rückblick nötig.

Bei der Wahl des letzten Konvents hatte sich der SDS der PH nicht zur Wahl gestellt, da er (wie ich meine, zu Unrecht) davon ausging, daß in einer solchen repräsentativen Instanz die Interessen der Studentenschaft nicht vertreten werden könnten. Dieser Konvent setzte sich deshalb aus wesentlichen Unabhängigen und Teilen des SJW zusammen, während die SDS-Gruppe sich um eine Politisierung der Studentenschaft an der Basis bemühte. Bei der Wahl des ASIA wurde mit nur einer Stimme Mehrheit der sich linksgebörende, aber als Reaktionär bekannte Studentenvirtuelle Wahl gewählt.

Durch die Disziplinierung und Diffamierung des PH-Professors Gottschalk, ausgelöst durch die Springer-Presse, wurde der bisher funktionlose Konvent durch innere und äußeren Druck zu einer Politisierung gezwungen. In allen wichtigen Wahlfragen organisierten sich ad-hoc-Gruppen mit dem Ziel, eine Politisierung der bisher meist unpolitischen Studentenschaft zu erreichen. Es kam zu Streik! Nur der Wahl-ASIA schenken von dieser Entwicklung nichts zu bemerken. Seine Politik beschränkte sich auf verbale Proteste und Verbindungen zu konkreten Aktionen.

Durch diese reaktionäre Politik isolierte und disqualifizierte er sich immer mehr als Vertretung der Studentenschaft.

Der inzwischen in seiner Mehrheit politisierte Konvent stellte einen Mißtrauensantrag gegen den ASIA. Dieser Antrag unterlag mit einer Stimme, die zu einer Entscheidung zwei Drittel der Stimmen notwendig waren. Daraufhin gaben die fortschrittlichen Konventsmitglieder ihr Mandat an die Wähler zurück, da eine Vertretung der studentischen Interessen unter diesem ASIA nicht möglich wäre.

Inzwischen hat die Senatsbürokratie jetzt an der pädagogischen Hochschule widerrechtlich Konvenzwahlen erzwungen, bei denen der grösste Teil der rechtlich gewählten Konvents geschlossen als linke Liste kandidiert.

Nicht weil sie die Senatsentscheidungen

Flugblatt der SEW, Kreisvorstand Zehlendorf, Hochschulgruppe, nach "die Wahrheit" vom 25.6.1969.

Ein Rücktritt des Konvents war in der Sitzung nicht vorgesehen. Die Studentenschaft und der Rektor der PH waren sich einig, daß nur eine Vollversammlung der Studenten als einziges demokratisches Entscheidungsorgan diese Lücke füllen konnte. Durch die Auflösung des Konvents hatte sich folgende Situation ergeben: Es gab keinen ASIA mehr, sondern nur noch den ASIA-Vorsitzenden, lediglich war dieses Gremium auch nicht mehr entscheidungsfähig und in der Lage, einen Wahlaufruf zwecks Neuwahl des Konvents zu bestimmen. In zwei sehr stark besetzten Vollversammlungen bestimmte die Studentenschaft einen Wahlaufruf und setzte die satzungsgemäßen Wahltermine fest. Eine noch nie dagewesene Zahl von Kandidaten stellte sich zur Wahl. Diese Wahl wurde zu einem eindeutigen Sieg der Linken, welche sich eindeutig gegen das neue Ordnungsrecht und für neue Leitlinien ausgesetzt hatten. Die Wahl wurde von Rektor Hartlitz bestätigt.

Nur Herr Weil erkannte keine dieser Entscheidungen an, im Gegenteil. Anstatt zurückzutreten, ermannte er satzungswidrig eigene Befehrenten, ermannte einen eigenen Wahlaufruf, setzte eigene Wahltermine fest und überschwenkte die PH mit veränderlichen und sachlich falschen Flugblättern und Kloben, welche er mit studentischen Mitteln finanzierte. Erst durch mehrere eindeutige Stellungnahmen des Rektors und durch starken Druck der Studenten konnte dieses rechtswidrige Treiben in Schranken gehalten werden. All das hinderte diesen objektiv den Interessen des Senats und seiner Hintermänner dienenden sogenannten "Studentenvirtuellen" nicht, auf studentische Kosten zur VDS-Tagung zu fahren und sich dort als angeblich Linker aufzuführen. Auch sonst schied dieser Weil, der sich selbst als Genosse bezeichnet, sehr langweilig zu sein und über recht viele Beziehungen zu verfügen.

Nach der Wahl rief manne er eiligst zu Senator Stein, und das Ergebnis dieser gemeinsamen Beratung war die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Die Morgenpost druckte pflichtbewußt einen Jubelartikel über Weil, wonach die Zusammenhänge deutlich wurden. Aber damit nicht genug. Nachdem Rektor Hartlitz von dieser Entscheidung gegen ihn und die Studentenschaft gerichtlich Entscheidung erfahren hatte, bemühte er sich um eine Unterredung mit Senator Stein. Selbst telefonisch war der Senator nicht für ihn zu sprechen, und er hatte auch in den nächsten Tagen keine freien Termine. Am gleichen Tag traf sich dieser Senator mit dem Studenten Weil.

Erfolgt sehr deutlich, in wessen Interesse dieser Mann arbeitet und was dieser Senat unter Demokratie versteht.

Die Erzeugung in der Studentenschaft ist verständlicherweise groß, und man ist entschlossen, diesen legitim gewählten Konvent und seinen neuen ASIA mit allen Mitteln zu schützen, damit dieser seine Funktion als Kampftrupp gegen das drohende Ordnungsrecht erfüllen kann. Eine neue Satzung wird ausgearbeitet, in der die studentischen Forderungen nach echter Mitbestimmung in allen Entscheidungsorganen verankert sind. Der letzte obere Liberale, Rektor Hartlitz, hat dem neuen ASIA und Konvent bereits seine Unterstützung zugesagt.

Wir werden in diesem Jahr noch einiges an der PH zu erwarten haben. Die Aufgabe der nächsten Woche heißt direkter Kampf zur Erhaltung d.s. demokratischen Rechte als Basis für den weiteren Kampf gegen dieses System. C. S.

(Aus "Die Wahrheit" vom 25. 6. 1969)

ung anerkennen, sondern weil sie im Gegensatz zu anderen kleinen linken Gruppen auf Grund ihrer Analyse die Wahl nicht verhindern können und einen reaktionären Konvent und ASIA als Erfüllungsgehilfen des Senats verhindern wollen.

Ihr Wahlslogan ist mehr als in einer Beziehung richtungswisend:

WICKELT DEN STEIN IN DEN WAHLZETTEL EIN



IMPRESSUM: verantwortlich: Redaktionskollektiv "883" beim Agit-Shop. Zeitung für Agitation und sozialistische Praxis. 1000 Berlin 15, Umlandstr. 52, Telefon 883 56 51 PSchKto: "Gruppe A" 2212 41 Berlin-West. Jeden Samstag um 17 Uhr öffentliche Redaktionskonferenz im Republikanischen Club, Wielandstr. 27. Redaktionsschluss: Dienstagabend. Kleinanzeigen (Preis DM 2.-), Texte usw. können auch in den Briefkasten in der Mensa der TU geworfen werden. "883" wird hauptsächlich in Kneipen oder auf der Straße verkauft in einer Auflage von 5000 Exemplaren. Man kann "883" jetzt auch abonnieren. Kostet 2 Mark pro Monat (Porto, Umschlag, Einlöten). Bei Gruppenabonnement bleibt der Preis bei 20 Pf. + Porto.

Kleinanzeigen

Zimmer frei Autos

ab sofort 2 Zimmer zu vermieten DM 150.--, 1/41, Isoldestr. 9, (I.Lindner, Hartm. Müller, 2114455)
vermietete ab sofort 2 möbl. Zimmer Zentralh., Warmw., Waschw., Eis- schr. usw. Küchenben. (3020534)

2-Zimmerw. frei ab Mitte Juli für DM 130.--, sep. Briefk. Eingang, Aussenklingel, Uni-Nähe, Erdgeschoss kühl im Sommer (Tel. 76 04 76)

grosses möbl. Zimmer in Studenten- wohnung zu vermieten, Hansa-Viertel für 2 Personen, für 3 Monate ab 15.7.69, DM 100.-- (Tel. 3907396)

Mietgesuche

suche dringend 2-Zimmerw. TU- Nähe. Miete bis DM 190.-- (TU 2705)

suche warmes, möbl. Zimmer Nähe Halensee-Brücke (Grünwald) Tel. 76 18 23, Dienst.-Freitag 18.30.

suche billiges Zimmer für 2-3 Mo- nate für Tschechen. Tel. 21 15998

suche Wohnung in Spandau, 1 1/2 Zimmer für 80 DM. sämtliche An- gebote über "883"

suche 1 Zimmer in Wohngemeinsch. mit politisch aktiven Leuten, nahe Bunsenstr. Moabit-Wedding Miete bis 120.-- DM. (Peter Suckau, Tel. 24 22 06)

1-Zimmerw. gesucht. 50.-- bis 60.-- DM. (Tel. 883 20 16)

suche 1 1/2 od. 2-Zimmerwohnung Miete bis 350.-- DM. möbliert in der Zeit Juli u. August, mög- lichst Zoo Nähe.

1 Wohnung in Kreuzberg **BIETE!** für DM 70.-- (Tel. 13 67 80)

Mitfahrten

biete Mitf. nach Kassel über 4.7. (Freitag) um 16.00 Uhr (Tel. 886 69 60)

Mitf. gesucht nach Paris mitte Juli (32 09 55)

wir sind 2 Theologinnen und suchen Mitf. nach Venedig zw. 19- und 23.7. (Bärbel Lehmeier/Bäda Palla- soehs, Tel. 818 10 07)

suche Genosse od. Genossin, 20 - 22 Jahre zwecks Unterhaltung bei hitch-hiking in Richtung Spanien- Barcelona, über Brüssel-Paris und zurück über Mailand, Bern, München- Prag und Berlin innerhalb 4 Wochen. (Faber, 306 49 70)

Mitf. gel. gesucht am 3.4. od. 5.7. nach Stuttgart. Bitte melden bei Iris Sundermann, B-30, Münchnerstr. 9, Tel. 24 49 73.

wir suchen motorisierten Irland-Fan möglichst mit VW-Bus, der mit uns im August 3 Wochen irische Folklore an Ort und Stelle aufnimmt. Tel.: (Wolfgang) 306 52 58 (Walter) 886 59 94

5 Genossen (Schüler + Lehrlinge) wollen nach München. Wer kann uns mitnehmen? Tel. 687 28 35

Wer hat Lust, mit mir gemeinsam einen längeren Europatrip im Auto zu unternehmen? (83 92 43, abends)

vom 18.7. - 27.7. kann Genossin mit 22j. Genossen mit Auto in Urlaub fahren. Urlaubsziel un- bekannt. (Klaus Skerat, 1/45, Ringstr. 66, Tel. 75 54 18)

suche Mitf. in die Schweiz am 9.7. oder 10.7.69 gegen RKB Tel. 4 11 17 79

suche Mitf. gel. nach Athen Ende Juli (Ab 23.7.) gegen BK, Füh- rerschein vorhanden (w.mögl. mit Rückfahrgelegenh. im August) A. Garrels, 1/38, Potsdamer Chaussee 31-33, Haus-12, Tel. 84 32 71, Ap. 65.

wer trampelt mit nach Persien, Af- ghanistan, Pakistan, Indien, Thai- land. Mein Ziel ist Australien. Start mitte August. Pilot I B 49, Schönweiderstr. 4, Seitenflügel

Suche dringend ab sofort(mit) Benzin kostenbeteiligung Mitfahrgelegenheit nach London. Astrid Schulz 1 Bln/61 Grimmstr.5

Suche Mitfahrtgel. am 3,4 od. 5. Juli nach Stuttgart Iris Sundermann Bln. 30 Münchnerstr.9(24 48 73)

biete Opel Record Coupe (P 2) Stahlkurbelrad, Liegesitze, neue Bereifung, TÜV 71 für 1000.-- DM Tel. 66 34 45

Ford 12 M, Bj 59, TÜV 70, 38 PS 1,2 l, 90000 Km, Sicherheitsgurte für DM 490.--, Tel. 89 80 20

verkaufe VW Export, Bj 55, Schiebe- dach, TÜV bis 71, für DM 540.-- (Schmidt, Tel. 883 44 09)

VW Cabrio BJ 51, für DM 320.-- (Marx, Bln-61, Mittenwalderstr.44, Tel. 66 26 26)

VW-Käfer, Hängerkuppelung (neu) mit elektr. Anlage abzugeben. Tel. 80 32 72, ab 20.00.

12 M, Bj 62, AT-Motor, 15000 Km, techn. gut, Karosserie, überholungs- bedürftig, 6-fach bereift, Preis DM 99.98 (Tel. 618 32 72 ab 17.00)

Fiat 500, BJ 62, TÜV Jan.70, für DM 200.-- (R.Mastker, 1-44, Wilden- bruchplatz 5)

verk. BMW 1800, Bj.64 mit 72000 Km AT Motor u. Getriebe, Extras Ra- dio + Liegesitze, Preis 3600.-- DM Tel. 886 53 70

VW Export 59, AT Motor, TÜV 71, für 680.-- DM, mit Schiebedach (Tel. 792 20 33)

Fundgrube

Amerikanischer Genosse möchte mög- lichst in Kommune leben. Randy Chris- tianson, Tel. 8863894

Verkaufe Computer-Programmierer- Ausbildung. Preisgünstig abzuge- ben. Tel. 352799 ab 20 Uhr

Suche Steilwandzelt. Kaufe oder Miete (10.7.-22.8.7) für 2-4 Personen (Gut erhalten, bis 100.-- DM) Tel. 843706

Übernahme Maler- u. Tapezierar- beiten. Billig! Tel. 822011

Verkaufe für DM 2.- ein Kinder- wagensitz u. sonstiges. Tel. 822011

In der Oranienstr. 199 hat der Genosse Ingo Eberding eine Fern- soch- u. Rundfunkreparaturwerk- statt mit an u. Verkauf von Gebrauch- geräten eröffnet. Er hat wirklich soziale Preise, z.B. Fernseher mit allen Programmen, prima Bild, 98,-DM. Überzeugt Euch selbst.

Genosse(45) sucht jüngere Genossin.

Schwarzer Peter sucht für seine Junggesellen Wohnung in Dahlem Gogo Girl (oder Op Mädchen) Tel. 89 90 26(auch nachts)

Für Gartengestaltung werden Gen-ossen gesucht, die gelernte Gar- tenarbeiter sind. Bonenkamp 1/21 Waldenserstr.33 Dienst. u. Donnerst. zwischen 20 Uhr u. 21 Uhr.

Kellerwerkstatt und Ladenteilhabe für jemand der selber was herstellt und verkaufen will, Mietanteil 65,- Kottb. Tor, 61 24 80

Which girl with English mother language is interested in speaking English with a German comrade. He can return DM 4.- p.h. or German conversation. T. 886 44 36

Drogistin sucht Teilbeschäftigt. Auch andere Tätigk. Kunstgewerbli. ambitioniert. Petra Bruhn 1/42 Kurfürstenstr. 16

2 Bürosuchen suchen Genossen fürs Bett. Diskussion nicht ausgeschlos. Tel. 213 36 73, 86 66 15

Dringend: Gitarre entwendet. Kosten- los oder billig gesucht. Gebraucht zum Broterwerb 26 14 98 H. Vallon

In Kürze erscheint in Kl. Auflage Wilhelm Reich "Über Sigmund Freud" Materialien zur Biographie zum 1. mal in deutscher Sprache Vorbestellung in allen linken Buchläden ca. 5,-DM

Für eine Dokumentation suche ich noch einige wüste sexuelle Kritze- leien auf öffentlichen Klos. Wirtschaften usw. Tel. 61 55 79

Achtung Wohnungsauffösung Möbel u. Hausrat: Gasherd, Ofen,

VERANSTALTUNGEN

Donnerstag, 3. Juli, 20.00 Uhr
RC, Wielandstr. 27 Pressekonferenz "Erzwingung der Richtli- nen auf Amts- und Rechtshilfe in Bundeswehrangelegenheiten" um 11.00 Uhr. Anschließend Besuch des Polizeireviere Moabit Stephanstr. um 12.00 Uhr

Freitag, 4. Juli, 20.00 Uhr
RC, Wielandstr. 27 "Möglichkeiten und Schwierigkeiten der medi- zinischen Arbeiter beim Mitaufbau des sozialistischen Zentrums? Diskussion mit Vertretern der Aktionszentren Produktionsphäre, Hochschule und Gesundheitswesen der medizinischen Arbeiter.

Sonabend, 5. Juli
Smoke in um 15.00 Uhr. S-Bahnhof Tiergarten aussteigen, Richtung "Großer Stern", rechterhand erste Liegelese.

Sonntag, 6. Juli, 20.00 Uhr
RC, Wielandstr. 27 "Journalismus, Produktion in der bürgerlichen Gesellschaft?" Diskussion mit S. Erler, U.M. Meinhoff, M. Regensburger H. Schwäger, H.J. Usho u.a.

Donnerstag, 10. Juli, 20.00 Uhr
Smoke in 27 "Entwicklung der DKP in der Weimarer Republik und Aufarbeitung durch die SED? Diskussion mit J. Johannson und anderen (AK Stalinismus und Revisionismus)

Akademie der Künste

Samstag: 6.7.69

Filme

20'' x 24''

Wie zwei fröhliche Luftschiffer
21.30
Amerik. TV commercials pol. Under- ground mit Salesman

ZUM SCHOTTEN

1 BERLIN 12
SCHLÜTERSTR. 52
T 881 29 73

TREFFPUNKT EINIGER LINKER
UND DER LIEBEN POPOS

JÜRGENS BUCHLADEN
 DAHELEM DORF
 LENZ LITERATUR + ROSEN + GRAFIK (auch Fachbücher) nahe U-Bahn
 Jürgen Schleicher
 1 Berlin 33 Tel. 709 16 25
 Königin Luise Str. 40

total bücher shop

inh. dieter lenz

die schlechteste buchhandlung berlins
total-scheißliberal undsowei- ter
mit manipulierenden tongeräu- schen im laden und erotischen agitzonen

friedenau, bennigsenstr. 13
gegenüber wk-haus

Buchhandlung

Karin Röhrbein

1 BERLIN 15
LUDWIGKIRCH- STRASSE 4

INTERNATIONALE LINKE PRESSE

POLITIK & SOZI-

tel 881 46 59

LADENLIST: ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTEN

KANT STRASSE

BIER 1,50
0,4 L

STEVE CLUB

Folklore
Kintopp
Chansons

KRUMME STR. 1/6.50

Wirtshaus Wuppke

SCHLÜTERSTRASSE ECKE KANTSTRASSE · NACH 20°

Kohlebeistellherd, Baubretter, Kinderwagen u. Sportwagenaufsatz, Laufstall, Kinderbett, -stuhl, -tisch, -tragetasche, Dreirad, Schlitten, Kommode, Korb u. Holzstuhl, Küchen- schrank, 5 Bücherregale, Aktenbock, Stühle, kl. Arbeitstisch, Matrizen, Gesu- histor. Fachbücher, Platten, Brief- Marken, Münzen. ALLES ZU SCHLEUDER- PREISEN bei Wermelskirch, 61, Bärwalderstr. 53 Tel. 98 44 41 kaufen Sie gleich bei uns! Beim Trödler zahlen Sie das Doppelte Stühle, kl. Arbeitstisch, Matrizen, Gesu- wir bekommen vom Trödler nur die Hälfte!!!!

demokratie das heißt

RUHE UND

GRIECHENLAND

Die Gesetzesverordnung Nr. 93 vom 16. 1. 1969 aus dem "Regierungsanzeiger des Königreichs Griechenland", Teil 1, Blatt 8, veröffentlicht am 22. 1. 1969

aus BERLINER EXTRA-DIENST in Nr. 15 vom 19. 2. 69 in einer Übersetzung von Dimitri Marakas

ÜBERSETZUNG EINIGER AUSZÜGE

Art. 120: Ein Student wird disziplinarisch bestraft, wenn er

1. gegen die Bestimmungen der Universitätsgesetzgebung oder gegen Senatsbeschlüsse verstößt,
2. den Leitungsgremien der Universität und den Lehrenden nicht den nötigen Respekt erweist,
3. bei den Prüfungen unerlaubte Hilfsmittel benutzt,
4. während der Vorlesungen und der Pausen die Ruhe und Ordnung in der Universität und den angeschlossenen Instituten stört,
5. seine Kommilitonen zum Vorlesungsstreik anstiftet oder selbst daran teilnimmt,
6. durch sein Verhalten die Grundprinzipien des Staates, die Würde der Universität und die Ordnung und Würde seiner Kommilitonen verletzt oder ein für den Studenten ungebührliches Verhalten an den Tag legt,
7. die Anwendung von Ideen anstrebt, die den Umsturz der herrschenden Gesellschaftsordnung mit welchen Mitteln auch immer zum erklärten Ziele haben, oder für diese Ideen wirbt oder diese Ideen mit irgendwelchen Mitteln verbreitet, oder Ideen von Organisationen propagiert, die die Abtrennung eines Teils des Staatsgebietes beabsichtigen, oder seine Handlungen oder seine allgemeine Führung zeigen, daß er nicht beseelt ist von dem passenden und mit der herrschenden politischen und sozialen Ordnung übereinstimmenden Geist und den nationalen Idealen.

Art. 121: 1. Die über die Studenten wegen im vorangehenden Artikel genannter Verstöße verhängten Disziplinarstrafen sind die folgenden:

- a) Verwarnung, b) schwere Verwarnung vor dem Senat, c) befristete Relegierung von 7 bis 15 Tagen, d) Relegierung von 15 Tagen bis 3 Monaten, e) Relegierung für das laufende Universitätsjahr oder auch für das folgende, f) Relegierung für alle Zeiten. Im Falle d) wird das laufende Universitätsjahr vollständig angerechnet, im Falle e) wird das laufende Studienjahr nicht angerechnet und die Rückmeldung für das folgende ist verboten.

2. Eine Verurteilung gemäß der für Verstöße gegen die Sicherheit der Gesellschaftsordnung zuständigen Gesetzgebung bedingt die Strafe der dauernden Relegierung von der Universität, unabhängig von der Höhe der durch das Gericht verhängten Strafe, durch den Senat, wenn er auf irgendeine Weise davon Kenntnis erhält. Ebenso bedingt die Verbannung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit für einen Zeitraum von mehr als 6 Monaten eine Disziplinarstrafe entsprechend der Schwere der Gründe für die Verbannung, bis hin zur dauernden Relegierung und unter Anwendung der o.a. Prozedur. Die unter 1. und 2. dieses Artikels vorgesehene Strafe der dauernden Relegierung kann durch Beschluß des Ministers für Nationale Erziehung und Religion in endgültige Relegierung von allen Hochschulen des Landes umgewandelt werden.

3. Bei einem wegen der ö.g. Verstöße anhängigen Strafverfahren kann der Senat die Strafe der vorläufigen Relegierung verhängen, die nach der Urteilverkündung in eine endgültige umgewandelt wird.

4. Der Senat kann auf Antrag des Betroffenen und unter Beibringung neuer Beweismittel jede gegen ihn früher ausgesprochene Disziplinarstrafe widerrufen oder abändern.

Art. 122: 4. Alle übrigen (d.h. die über die Verwarnung hinausgehenden, d.Übers.) Disziplinarstrafen werden verhängt von einem Sköpfung Disziplinarausschuß, der nach Konsultation des Senats vom Minister für Nationale Erziehung und Religion bestellt wird und sich zusammensetzt aus 4 ordentlichen Professoren, von denen einer der Juristischen Fakultät angehören muß, und dem Regierungsbeauftragten der Hochschule, oder, beim Fehlen eines solchen, dem Generalsekretär (Kanzler) der Hochschule bzw. dem jeweiligen Stellvertreter.

9. Die Verhängung irgendeiner Disziplinarstrafe wird vom Rektor veröffentlicht, im Studienbuch des Studenten eingetragen und dem Vater oder Vormund brieflich mitgeteilt.

Art. 123: 1. Studenten, die die Absicht haben, (andere) Studenten einer oder mehrerer Fakultäten oder eine Gruppe von Studenten zu einer Versammlung einzuladen, haben 24 Stunden vorher schriftlich beim Rektor hierfür die Genehmigung einzuholen, unter Angabe des Ortes, des Tages, der Uhrzeit und des Zweckes der Zusammenkunft. Wer dies unterläßt oder gegen negativen Beschluß des Rektors dazu einlädt, wird disziplinarisch bestraft.

2. Innerhalb 24 Stunden nach Beginn der Zusammenkunft haben die Veranstalter dem Rektor schriftlich von den verabschiedeten Beschlüssen Kenntnis zu geben, bei Zuwiderhandeln werden sie disziplinarisch bestraft.

Art. 124: 3. Studentenversammlungen auf dem Universitätsgelände, die die Verbreitung und Anwendung von gegen das herrschende Gesellschaftssystem gerichteten umstürzlerischen Ideen bezwecken, sind verboten. Teilnehmer an solchen Versammlungen werden nach den Bestimmungen dieses Dekrets bestraft.



Ständische Zeitung
Im Brustton spricht der Terrorknecht,
die Lösung war für uns das Recht



BUNDESREPUBLIK

ZUM STAATSVERTRAG ÜBER DAS ORDNUNGSRECHT

Aus der Geheimschublade der Strelitz-Kommission
(Veröffentlicht von der Humanistischen Union am 29. 4. 1969)

Am 1. August 1969 spätestens soll das neue bundeseinheitliche Ordnungsrecht in Kraft treten.

Der Staatsvertrag der Ministerpräsidenten enthält lediglich "Grundsätze über ein einheitliches Ordnungsrecht an den Hochschulen". Wie dieses "Recht" in die Praxis umgesetzt werden soll, ist jedoch im Vertragstext nicht ausgeführt.

Die geplanten Ausführungsbestimmungen sind in einem bislang nicht veröffentlichten "Gesetzesentwurf zur Regelung des Ordnungsrechts an den Hochschulen" zu entnehmen, der von den Ministerpräsidenten ebenfalls beraten und als Arbeitspaar an die Kultusminister überwiesen wurde.

Hier der Wortlaut des Gesetzesentwurfes:

Zu § 2:

Die Vorschrift ist als Generalklausel bewusst auf alle Mitglieder der Hochschule abgestellt. Die Aufrechterhaltung der Ordnung ist nicht als räumliche Ordnung in der Hochschule, sondern als sachliche Ordnung der Hochschule zu verstehen.

§ 3

Verstoßen Mitglieder der Hochschule, die Bedienstete des Landes sind, gegen die Pflichten nach § 2, so gelten die dienstrechtlichen Bestimmungen.

Zu § 3:

Diese Vorschrift läßt die Geltung bestehender Regelungen unberührt und setzt sie voraus. Sie ist im Zusammenhang mit § 4 und der dortigen Erweiterung um Ordnungsgemaßnahmen zu sehen.

§ 4

(1) Gegen einen an der Hochschule immatrikulierten Studenten können Ordnungsgemaßnahmen getroffen werden, wenn er

1. die Durchführung von Lehrveranstaltungen oder die Tätigkeit der Organe stört oder behindert oder in anderer Weise die Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule beeinträchtigt;
2. widerrechtlich in Räume der Hochschule eindringt oder auf Aufforderung des Berechtigten sich nicht wieder entfernt oder sonst gegen die Ordnung der Hochschule verstößt;
3. Gebäude oder Räume der Hochschule oder deren Zwecken dienende Gegenstände zerstört oder beschädigt;

4. eine mit Strafe bedrohte Handlung begeht, die gegen Mitglieder der Hochschule oder gegen zur Sicherung der Hochschule eingesetzte Personen im Zusammenhang mit der Ausübung ihrer dienstlichen Obliegenheiten gerichtet ist;

Gesetz zur Regelung des Ordnungsrechts

Zu II Hochschulordnungsrecht:

Erläuterungen

Auf eine Begründung des vorstehenden Gesetzesentwurfs im herkömmlichen Sinne wird zunächst verzichtet. Dagegen sind folgende Erläuterungen unerlässlich (jeweils im Anschluss an den betreffenden Paragraphen).

§ 1

Dieses Gesetz gilt für wissenschaftliche Hochschulen einschließl. der Pädagogischen Hochschulen, Kunst-, Musik- und Sporthochschulen und Fachhochschulen.

Zu § 1:

Diese Legaldefinition erscheint angesichts der Schwere einiger Ordnungsmaßnahmen als erheblich. Sie schließt sich an das derzeit gültige Recht an. Nach Abschluss von Reformen würde die bloße Bezeichnung "Hochschulen" gemäss der von den Herren Ministerpräsidenten in Hannover am 30./31. Oktober 1968 geäußerten Auffassung zum Hochschulwesen als Geltungsbereich ausreichend erscheinen können.

§ 2

Alle Mitglieder der Hochschule sind verpflichtet, daran mitzuwirken, daß die Hochschule ihre Aufgaben ordnungsgemäss erfüllen kann. Sie haben insbesondere die Ordnung der Hochschule und bei deren Veranstaltungen zu wahren.

nichts anderes als: ORDNUNG

Pater Glorius SJ

5. Andere öffentlich dazu auffordert, eine der in den Nummern 1 bis 4 bezeichneten Handlungen zu begehen.

(2) Dies gilt auch, wenn der Student eine der in Absatz (1) Nr. 1 bis 5 bezeichneten Handlungen an einer anderen Hochschule begeht.

Zu § 4

Zum persönlichen Geltungsbereich wurde erwogen, diese Bestimmung für entweder alle Mitglieder einer Hochschule

oder immatrikulierte Studenten und Gasthörer und nur die Studenten vorzusehen. Dies erscheint einmal davon abhängig, welchen rechtlichen Status die Gasthörer an der jeweiligen Hochschule genießen und ferner von der politischen Entscheidung, ob sie von diesem Gesetz erfaßt werden sollen.

Die Bestimmung enthält generalklauselartige die Regelung, daß Ordnungsmaßnahmen getroffen werden können gegen Studenten, die gegen die Ordnung der Hochschule verstoßen oder die Wahrnehmung der Aufgaben der Hochschule beeinträchtigen.

Ferner wurden enumerativ 5 Spezialbestimmungen als Beispiele positiviert.

Zu § 4 Abs. 1 Nr. 4 hat die Kommission die Gesichtspunkte, die für oder gegen eine solche Regelung sprechen, ausführlich erwogen. Ob diese Bestimmung aufgenommen oder gestrichen werden sollte, muß der Entscheidung der Ministerpräsidenten (Bürgermeister) überlassen bleiben.

§ 5

(1) Ist ein Student wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens im Inland rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verurteilt worden, so ist er vom Studium an allen Hochschulen des Landes ausgeschlossen.

(2) Der Student kann drei Jahre nach Verbüßung der Freiheitsstrafe oder nach Erteilung eines Gnadenurteils oder drei Jahre nach einer Starfaussetzung zum Bewähren auf Antrag zum Studium zugelassen werden, wenn dies mit der Ordnung der Hochschule vereinbar erscheint.

Zu § 5

Diese Bestimmung geht über reines Ordnungsrecht hinaus, positiviert im Grunde ein Würdigkeitsfordernis für ein Studium und könnte gegebenenfalls auch in Immatrikulationsvoraussetzungen geregelt werden. Sie ist nach der Diskussion bezüglich des Zeiterfordernisses auf eine rechtskräftige Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr eingengt worden. Ferner ist ein Überprüfungsverfahren grundsätzlich nach drei Jahren vorgesehen. Eine un-

tragbare Härte zufolge automatischen Ausschlusses kann dann in dieser Vorschrift nicht mehr gesehen werden. Die Regelung ist auch mit Artikel 12 des Grundgesetzes vereinbar. Die frei Wahl des Berufs und der Ausbildungsstätte wegen Erfordernissen wichtigster Gemeinschaftsgüter einzuschränken erscheint unerlässlich. Zu Folge der Überprüfungs-möglichkeit werden Fälle, in denen der Lebenslauf Betroffener in unerträglichem Maße beeinträchtigt würde, ausgeschlossen.

§ 6

(1) Ordnungsmaßnahmen sind:

1. Mündliche Verwarnung
2. Schriftlicher Verweis
3. Versagung der weiteren Teilnahme an einzelnen Lehrveranstaltungen oder der Benutzung von Einrichtungen der Hochschule für ein oder mehrere Semester, sofern sich der Verstoß auf diese Lehrveranstaltungen oder Einrichtungen bezieht.
4. Androhung des Ausschlusses als Mitglied der Hochschule oder des Ausschlusses vom Studium an allen Hochschulen des Landes.
5. Ausschuß als Mitglied der Hochschule
6. Ausschuß vom Studium an allen Hochschulen des Landes.

(2) Die Maßnahme nach Abs. (1) Nr. 4 kann mit der Maßnahme nach Abs. (1) Nr. 3 verbunden werden.

Zu § 6

Die Kommission hat erwogen, zusätzlich zu den vorgesehenen 6 Ordnungsmaßnahmen noch die Aberkennung der Berechtigung, Stipendien und sonstige auf Antrag zu gewährende Studienzuschüsse zu erhalten, einzufügen.

Die Entscheidung über diese besonders nachhaltige Maßnahme sollte unter Abwägung sowohl der dagegen als auch besonders der dafür sprechenden Argumente den Ministerpräsidenten (Bürgermeistern) überlassen werden.

Einerseits wurde erwogen, daß das Honnefer-Modell nur ca. 20 % der Studenten fördert; ggf. von einer solchen Maßnahme nur die sozial Schwächeren getroffen, die Wohlhabenden dagegen wenig bzw. nicht berührt würden; die Charaktereignung der Anwärter bei den Bewilligungen ohnehin von Amts wegen zu prüfen ist und ggf. in jedem Einzelfall muß bejaht werden können; andererseits bestand Übereinstimmung, daß Selbstverständnis und Selbstachtung des Staates die Aberkennung erfordern können, da es nicht erträglich ist, terroristische Störer usw. staatlich zu bezuschussen; Bewilligung und Belassung zukünftig grundsätzlich im Sinne dieses Ordnungsrechts zu entscheiden sein

werden; zwischen Bund und Ländern die gleichmäßige Handhabung gewährleistet werden muß.

§ 7

(1) Ordnungsbehörden sind der Rektor (Hochschulpräsident) und der Ordnungsbeauftragte.

(2) Maßnahmen nach § 6 Nr. 1 und 2 werden vom Rektor (Hochschulpräsidenten), Maßnahmen nach § 6 Nr. 3 bis 6 vom Ordnungsbeauftragten getroffen.

Hauptvorschlag

(3) Der Rektor (Hochschulpräsident) bestellt im Einvernehmen mit dem Kultusminister einen Ordnungsbeauftragten und für den Fall seiner Verhinderung einen Stellvertreter. Ordnungsbeauftragter und Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt haben, sie brauchen nicht Mitglieder der Hochschule zu sein. Der Kultusminister kann die Rücknahme der Bestellung des Ordnungsbeauftragten oder Stellvertreters und eine Neubestellung verlangen.

(4) Wenn binnen 4 Wochen nach Inkrafttreten diese Gesetzes der Ordnungsbeauftragte und sein Stellvertreter nach Maßgabe des Absatzes 3 Satz 1 nicht bestellt, ist binnen einer vom Kultusminister bestimmten Frist eine Neubestellung unterblieben, so kann der Kultusminister an Stelle des Rektors (Hochschulpräsidenten) die Bestellung vornehmen und diese auch zurücknehmen.

Alternativvorschlag

(3) Für jede Hochschule bestellt der Kultusminister in Benehmen mit dem Rektor (Hochschulpräsidenten) einen Ordnungsbeauftragten und für den Fall seiner Verhinderung einen Stellvertreter. Ordnungsbeauftragter und Stellvertreter müssen die Befähigung zum Richteramt haben; sie brauchen nicht Mitglieder der Hochschule zu sein.

Zu § 7:

In der Festlegung der Ordnungsbehörden bot sich eine Teilung der Gestalt an, daß Selbstverwaltungsbehörden der Hochschule für die leichten Ordnungsmaßnahmen, dagegen Ordnungsbeauftragte für die härteren Ordnungsmaßnahmen zuständig sein sollen.

Die Bestellung der Ordnungsbeauftragten kann alternativ verschieden geregelt werden:

Die prinzipale Regelung sieht die Bestellung durch den Rektor (Hochschulpräsidenten) im Einvernehmen mit dem Kultusminister vor; unter obligatorischer Ersatzvornahme im Unterlassungsfalle von binnen vier Wochen vor;

die subsidiäre Regelung sieht die Bestellung durch den Kultusminister direkt vor, im Benehmen mit dem

Zu § 8:

Die Vorschrift regelt das Verfahren, daß der Ordnungsbeauftragte einzuhalten haben muß. Da er nach pflichtgemäßem Ermessen zu entscheiden hat, hat er insbesondere auch alle entlastenden Umstände zu ermitteln und zu berücksichtigen. In diesem Sinne könnte erwogen werden, sozial adäquate Handlungen aus dem Ordnungsverfahren auszuschalten.

Zur möglichen Beschlüßigung der Verfahren findet ein Widerspruchsverfahren, über das sonst ohnehin die Ordnungsbehörde selbst würde entscheiden müssen, nicht statt.

§ 9

(1) Ist ein Student in einem Land der Bundesrepublik Deutschland aufgrund einer dem § 5 entsprechenden gesetzlichen Vorschrift oder durch unanfechtbare oder vorläufig vollziehbare Entscheidung einer Ordnungsbehörde vom Studium an allen Hochschulen dieses Landes ausgeschlossen worden, so ist ihm die Immatrikulation zu versagen.

(2) Ist die Immatrikulation in Unkenntnis des Versagungsgrundes des Abs. (1) erfolgt, so ist sie zurückzunehmen. Die Immatrikulation ist zu widerrufen, wenn der Student nach seiner Immatrikulation in einem Land der BRD durch unanfechtbare oder vorläufig vollziehbare Bescheid einer Ordnungsbehörde vom Studium an allen Hochschulen dieses Landes ausgeschlossen worden ist.

(3) Der Ordnungsbeauftragte teilt dem Kultusminister unverzüglich mit, gegen welche Studenten unanfechtbare oder vorläufig vollziehbare Bescheide im Sinne des § 6 Nr. 6 ergangen sind. Der Kultusminister unterrichtet hiervon die Kultusminister der anderen Länder. In gleicher Weise ist zu verfahren, wenn Entscheidungen ergehen, durch die solche Bescheide aufgehoben werden, oder die Aufhebbarkeitswirkung eines Rechtsbehelfs wiederhergestellt wird.

Zu § 9:

Hier wird im Interesse der Bundes einheitlichkeit die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die Entscheidung eines Bundeslandes in den notwendigen Fällen in den anderen Bundesländern die entsprechende Wirkung entfalten kann.

§ 10

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.



„Ich glaube, wir müssen uns...“ Westfälische Rundschau

AUS DEN SCHULEN!

Bielefeld: Strohgruppe zum Schulsprecher gewählt.
In der ältesten Bielefelder Oberschule, dem Ratsgymnasium fanden vor Kurzem SMV-Wahlen statt. Die sozialistischen Schüler stellten einen Kandidaten, der sich prinzipiell für die SMV ausgesprochen hatte, eine Strohgruppe mit Namen OWI (organisierte Widerstand) entgegen, weil sie die SMV als erdrückt betrachtet. Bei der Stimmentzählung ergab sich folgendes Wahlergebnis:
224 Stimmen für OWI
200 Stimmen für den SMV-Kandidaten
Die Schulverwaltung erklärte daraufhin den "reformistischen" Kandidaten für gewählt, weil die Strohgruppenstimmen ungültig seien. Der "Gewählte" Kandidat nahm jedoch in kluger Erkenntnis der Lage nicht an.
DIE SMV IST DIE NUTZE DES DIREKTORS

KLAMMHEIMLICH REDAKTIONSRaum DURCHHÖRT
Im vergangenen Jahr noch wurde HERMES (Canisius-Kolleg) als beste Schülerzeitchrift Berlins ausgezeichnet. Die Jury hatte damals festgestellt, daß HERMES zwar sehr mit der Tradition der Schule verbunden sei, dennoch in hervorragender Weise "alle heißen Eisen anpackte, in fairer Weise zur Diskussion stellte und kommentierte". Damit soll's nun vorüber sein. Direktor Zawacki und sein Gehilfe Claus Hoffmann bestellten die Redaktion vor wenigen Tagen zu sich und zeigten sich "enttäuscht und entsetzt", daß HERMES über katholische Religionsbücher, über Flugblätter im Canisius-Kolleg, die Carat-Affäre und eine geplante Schulfete berichtet wollte. Auf die Frage der Redakteure, woher denn die Schulleitung so gut über die redaktionellen Pläne Bescheid wisse, holte Zawacki ein Bündel Manuskripte aus seinem Schreibtisch, das er bei einer Hausdurchsuchung in den Redaktionsräumen (ohne Wissen der Redaktion durchgeführt) "sichergestellt" hatte. Gleichzeitig gab Zawacki bekannt, daß die Redakteure keinen Zutritt mehr zu den Redaktionsräumen hätten. Die Redaktion ist inzwischen geschlossen zurückgetreten, bis auf den Redaktionsgeschäftsführer Schmidt, der darf - im besten Einvernehmen mit Zawacki und Vertrauenslehrer Hoffmann - weiterhin der Schule als demokratisches Alibi dienen. Wie vom Canisius-Kolleg zu erfahren ist, zweifeln weder Lehrer noch Schüler daran, daß Schmidt das in ihn gesetzte Vertrauen voll und ganz rechtfertigen wird. Übrigens: In Kürze wird am CK die erste Ausgabe eines Anti-Hermes erscheinen.
Sprechhörern ("Was die Zeitung"). Ungefähr 15 bisien zurück und diskutierten mit Hüllen über die Lage an unserer Schule.

Bericht von der SMV-Sitzung vom 6. 6. 69

Das Chaos begann um 13.02 Uhr, als Hüllen (sog. "Schulsprecher") den Zeichensaal betrat und von Bakunin-Chören empfangen wurde. Nach etwa 10 Min. konnte sich Hüllen für kurze Zeit verständlich machen. Dann wurde er von einem Sprecher der ÜB unterbrochen, der den Austritt seiner Klasse aus der SMV bekanntgab, was mit Beifall aufgenommen wurde. Anschließend stellte Riethmüller im Namen der OIB den Antrag auf Annulierung des Wahlergebnisses, weil die Ausrechnung völlig verrückt sei. Sachs forderte die Bildung eines Ausschusses, der gemäß Verfassung diese Frage untersuchen sollte. Die Bildung dieses Ausschusses versuchte Hüllen mit bürokratischen Tricks zu verhindern, mußte aber schließlich klein beigehen, da ihn mehrere Klassensprecher heftig angriffen. Schon vorher war Hüllen scharf kritisiert worden, weil er entgegen seinem Wahlprogramm die Schülervertreter für den LSA nicht durch eine Vollversammlung wählen lassen wollte.

Diese Diskussionen wurden von Sprechchören ("Hüllen ist ein Faschist", "Die SMV ist tot", "ARTHUR, ARTHUR", "Wir wollen Auflehnung") begleitet. Außerdem sang ein Teil der Schüler die Internationale.

Schließlich wurden die Vertreter für den Verfassungsausschuß gewählt, wobei mehrere Klassensprecher überhaupt keine Stimmzettel erhielten. Dafür wählten Schüler mit, die dazu gar nicht berechtigt waren, z. B. Sextaner.

Anschließend wollte Hüllen die Sitzung weiterführen, wurde aber vom Klingelzeichen unterbrochen. Daraufhin verließen einige Schüler den Raum, andere stürmten nach vorn und stürzten sich auf Apfelsaft und Kekse, die Hüllen für 30.00 DM SMV-Geld angeschafft hatte. Anstaltsleiter Zacki zögerte nicht etwas hinaus zu verschwand jedoch bald wieder (nur während der 6. Stunde war ein einzelner Lehrer, Okonnek, anwesend gewesen). Dann mußte Hüllen auf drohende "Imbiß - Imbiß" - Rufe hin die Verpflegung rausdrücken. Mehrere Schüler schlepten in ihren Mappen Flaschen und Kekse aus der Schule und verzehrten die SMV-Fressalien draußen. Als der Proviant verschwunden war, ging die Mehrheit der Anwesenden nach Hause, wiederum unter

Kurzbericht über die gegenwärtige Situation an der Rheingau-Oberschule

Ein Direktorenwechsel an der Rheingauschule in Berlin Schönberg brachte nicht nur eine personelle Veränderung der Situation an dieser Schule. Nach einem schonbar liberalen Direktor übernahm diesen Amt der reaktionäre Exschulrat Söllner. Dieser versuchte zuerst, bei Schülern und Lehrern jegliche Kritik und Opposition durch Gespräche, in denen er sich selbst als tolerant und liberal bezeichnete, zu verhindern. Nachdem er begannen hatte, unsere bisherigen geringen Freiheiten noch mehr einzuschränken (er verbietet das Rauchen für die Mittelstufe, drohte mit Strafen bei Unpünktlichkeit, wollte Barfußlaufen verhindern u. s. v.), erkannten die Schüler die Fragwürdigkeit seiner Aussagen. Einige versuchten noch auf dem bürokratischen Weg über die SMV etwas zu erreichen, während ein Teil schon eingeschlagen hat, daß nur die Schüler selbst ihre Interessen vertreten können. Daraufhin wollte Söllner seine Anordnungen durch Drohungen mit Verweisung und Verweigerung des Abiturs durchsetzen. Da auf unserer Schule die zum größten Teil reaktionäre Lehrerschaft schon vorher mit dem Kurs unserer ehemaligen Direktors unzufrieden war, gelang es Söllner sehr leicht, diese auf seine Seite zu ziehen, der Rest des Lehrkörpers wagte nicht, gegen Söllner etwas zu unternehmen. So glaubte jetzt Sportlehrer Hinzte, der schon einmal nach seiner Dienstaufsichtsbeschwerde von einer Schule geflogen war, für seine vorläufigen Übungen, bei denen er strikte Einhaltung seiner den Schülern gesetzten Normen (Leistungs- und Verhaltensnormen) verlangt, mit Hilfe von Söllner ein weites Betätigungsfeld gefunden zu haben. Hinzte führte das sogar soweit, daß er zwei Schüler wegen "zu schwacher Beteiligung in Sport" (sie waren bei großer Hitze für seine Begriffe nicht schnell genug gelaufen) in Klassenbuch vermerkte. Im Augenblick hat sich die Situation so verschärft, daß ein Schüler, nachdem sein Vater zu Söllner und Hinzte gerufen worden war, sich die Haare schneiden lassen mußte (obwohl anderer längere Haare haben, aber nicht so oft gegen unsinnige Anordnungen opponieren). Einem anderen wurden ange droht, ihm das Abitur aus "mangelnder sittlicher Reife" zu verweigern oder ihn der Schule zu verweisen (er hatte es gewagt, Söllner in disziplinarischen Dingen zu widersprechen).



Aus der Welt der Arbeit berichtet: Der rote Rudi.

Mein erster Job als Grenzer.
Am 17. 10. 60 trat ich als Grenzer meinen Dienst beim BSG an. Deutschlands älteste Elitetruppe nahm mich in ihren Reihen auf. Treu und ergeben diente ich Tag für Tag fürs Vaterland. Denken wurde uns verboten - Befehl war Befehl! Unsere Ausbildung war allzuernstlich. Als Anschlag, Quadrat achweine usw. wurden wir von einigen Vorgesetzten sanft bezeichnet. Dies waren Stimmen die man schon bei Adolf gehört hat. Die Ausbildungsmethode entsprach etwa der gleichen Zeit. An der Tagesordnung waren bei "rüpelhaften Benehmen" Strafen wie Scheißhaushalts (presentieren mit dem Gewehr, wenn jemand den edlen "Geruchsalon" betrat, egal ob es ein Schnapszeitlicher Ausbilder oder ein angekommener Grenzer war.) Nachschweißzen von Parabeln, z. B. Ich bin ein Schwein, ein ganz dummes Mensch usw. Heimlich habe ich trotz des Denkverbots mal gedacht, und das war, mich bei den Bullen zu bewerben. Daraufhin trat ich meinen zweiten Job an (bei der Pollmei).
Am 2. 7. 62 streifte ich den grünen Rock der hessischen Schlachztruppe in Wiesbaden über. Von da ab türmten sich die Gesetzbücher meterhoch auf meinem Schreibtisch. Alles trockenere Stoff zum Schlucken, zwischenzucker militärischer Freizeitsport, sowie Ausbildung im Gießen und Robben (Geländeorientierung). Mit meinem Ausbilder stand ich leider immer im Streitverhältnis, denn diese hatten eine andere Dienststellung als ich. Bei einem meiner nächsten Berichte werde ich etwas mehr darüber schreiben.

In der Zwischenzeit bin ich auf der Suche nach meinem 30. (drittstgrößten) Job.

NATALA
1. Berlins
Bayerischestr. 33
Tel.: 883 4916
ab 20⁰⁰ geöffnet
Griechisches Speiselokal
Klarer 0,50 DM
kleines Bier 0,55 DM
großes Bier 1,10 DM
... mit Meise.
Süvlaki Pitá... 1,70 DM

DIE ANTAUTORITÄRE KNEIPE INSTEGLITZ
BIRKUSCHSTR. 40
T. 83 36 96
DOKTOR KNOCK
Tägl. geöffnet von 19⁰⁰-3⁰⁰

Reichskabarett

1 - 15, LUDWIGKIRCHSTR. 6, Tel. 881 08 17, tägl. auß. Mo. 20⁰⁰
Programm: **ALLES HAT SEINE GRENZEN!**
Fr. Sa: 23 Uhr Insterburg & Co - Fr. Sa. So. Theater f. Kinder
BERLINER FILM-COOP JEDEN MONTAG 20 u. 23 UHR

INTERESSANT IST NICHT, WAS DIE "LIBERALE" PRESSE BRINGT - INTERESSANT IST, WAS SIE VERSCHWEIGT.

an den SPIEGEL

bezug: SPIEGEL-nr. 24/69 s. 85

geehrte Herren,
hiermit verlange ich nach noch immer geltendem pressgesetz folgende gendardarstellung zu o. a. artikel:
1) Ich, Peter-Paul Zahl, bin nicht drucker von untergrundzeitungen, schon gar nicht nach den schwachsinnigen kriterien Ihrer titelgeschichte. Ich bin schriftsteller, verleger und drucker der Westberliner sozialistischen gegenöffentlichkeit.
2) sprüche, wie: "ja, kinder, stellt Euch vor, der bürgermeister Neubauer will den kindergarten zumachen", p. p. habe ich nicht gemacht, denn a) stand mir keine kasperlefigur wie Neubauer zur verfügung und b) ließ ich statt dessen, da zu wenig männliche figuren vorhanden waren, die charaktermaske der ob-

rigkeit durch die "regierende" bürgermeisterin früulein Schütz, einer älteren kasperlefigur, an der schon einige zacken fehlten, darstellen.
Sie sehen, auch hier hat das "orangene blatt", der SPIEGEL, das "grüne blatt" der gebildeten stände, nicht jene pseudo-liberale objektivität walten lassen, deren es sich immer so rühmt.

da ich mit dieser gendardarstellung dem einzigen, dem SPIEGEL innewohnenden gesetz gefolgt bin, nämlich durch etwas text den leeren raum zwischen Mercedes- und DGB-annoncen zu füllen, wünsche ich obige gendardarstellung nach üblichem honorarsatz vergütet zu haben. mein postcheckkonto lautet bin w 22 66 03.
mit freundlichem gruß

antwort des SPIEGEL

sehr geehrter herr Zahl,

Ihre gendardarstellung braucht der SPIEGEL nicht zu drucken, weil sie zu weit von der dafür im gesetz vorgeschriebenen form entfernt ist, und schon gar nicht gegen honorar.

- 2. Paul A. Baran/Erlich Fried/Gaston Salvatore: Intellektuelle und Sozialismus, 128 Seiten. DM 4,50
 - 3. Aimé Césaire: Über den Kolonialismus, 80 S. DM 3,50
 - 5. Mao Tse-tung: Über Praxis und Widerspruch, 96 Seiten. DM 3,50
 - 7. Wolfgang Diefen: Antiautoritäres Lager und Anarchismus. Mit einem Leesebuch, 160 Seiten. DM 5,50
 - 9. Ernesto Che Guevara: Guerilla - Theorie und Methode, 160 Seiten. DM 5,50
 - 10. Wilfried Gottschalk: Parlamentarismus und Räteodemokratie. Mit einem Leesebuch, 128 Seiten. DM 4,50
- Abonnieren Sie die Rotbücher in Ihrer Buchhandlung. Sie erhalten sie dann sofort nach Erscheinen für DM 1,- billiger. Der Vorzug schenken den Almosen (kostenlos: Berlin 31, Jenaer Straße 6 Wargenbach

Gasthaus
POLKWITZ
Bier Wein Schnaps & Mineralwasser
Bayerische-Str. 33 am Olivaer
Ab 17 Uhr geöffnet!
(Man kann auch draußen sitzen!)

Apotheke
Sozialer Presse
Spezialkategorie
Preis 81,- 4,10
Kleiner 0,50
Großer 1,10
Berliner 1,40
Bismarcker 2,50
Bismarcker 2,50
Bismarcker 2,50

Berlin 10 Galvanstr. 2
Nähe Ernst-Reuter-Platz
am Einsteinufer

REISCH
ROTBUCHER
ANTIAUTORITÄRE KNEIPE INSTEGLITZ
BIRKUSCHSTR. 40
T. 83 36 96

Rotbücher
RRRR



Polizei - Kampagne



Der Musterbulle tut nur seine Pflicht - denken soll er nicht

Er soll einen potenten Gummiknüppel schwingen, ohne viel nach den schlaffen Begründungen zu fragen, die der Ausbilder ihm dafür im Politunterricht anbietet. Daher appelliert die Polizeiverbung auch folgerichtig an verklemmte arme Schweine, die als Senatschläger "ihren Mann stehen" sollen, weil sie woanders nicht recht zum liegen kommen oder weil sie meinen, über eine paramilitärische Ausbildung ihre kleinbürgerliche Kindheit aufarbeiten zu können.

Früher unterstrich die Mutter drohend ihre Anweisungen mit einem: Ich sag das nicht noch einmal. Jetzt wiederholt der Bulle ein Leben lang die Gesten des Zwanges. Erträglich wird ihm die ständige Bereitschaftshaltung des Schlägers und Totschlägers nur, wenn er sich mit dem System, das sie von ihm fordert, identifiziert. Ein gewisser Grad von historischer Dummheit und Unaufgeklärtheit ist also eine natürliche Voraussetzung für den Bullenberuf.

Wir sollten daraus die Konsequenzen ziehen. Die Feststellung, daß wir die Auseinandersetzung mit der Polizei bei unseren Aktionen nicht suchen, ist solange abstrakt, wie wir die Bullen in dem desolaten Zustand, in dem sie nahtlos Befehle in Prügel umsetzen, belassen.

Die fortwährende Anwesenheit der Bullen auf dem Uni-Gelände, die uns kleinbürgerlich einschüchtern soll, müssen wir gegen den Apparat wenden, indem wir die Aufklärung ins Spiel bringen, die es in der gleichen Situation für das Kind in der Kleinfamilie nicht gibt.

Fangen wir also damit an, die Bullen selber zu agitieren, damit wir den Herrschenden den Arm abschrauben, den sie brauchen, um die kritische Masse der Arbeiter, Lehrlinge Schüler und Studenten aufzureiben. Ziel muß es sein, innerhalb des Polizeiapparates selbst Kadergruppen aufzubauen, die mit uns gemeinsam den Kampf für ein rätedemokratisches System führen. Dieses Ziel des **o r g a n i s i e r e n** Widerstandes gegen die Herrschaft des Kapitals müssen wir in unsere Diskussionen einbringen, wenn sie nicht unverbindlich und damit folgenlos bleiben sollen.

Die Bedingungen für eine Polizei-Kampagne sind nicht schlecht. Der Innensenat macht sich bereits Nachwuchsorgen. Der Schlägerberuf ist unattraktiv geworden. Das ist eine Richtung, in der wir weiterarbeiten müssen.

Über die Analyse der terroristischen Staats-Gewalt hinaus sind die Bullen selber "umzukehren". Erste Ansätze einzelner Genossen dazu gibt es bereits. (Stahlschränke werden undicht). Es ist jetzt an der Zeit, dieses isolierte Vorgehen zu systematisieren. Bei den Bullen selber gibt es Fraktionen. Die PoPos und die Berufsbereitschafter sehen sich zunehmender Kritik von jungen Bereitschaftspolizisten und Schutzpolizisten ausgesetzt, denen Zweifel an der staatlich sanktionierten Gewalt kommen als Mittel, Demokratisierung zu verhindern. Diese wankende Loyalität mit den Unterdrückern gilt es ganz zu zersetzen. Das heißt: in dem Maße, in dem es uns gelingt, einzelnen Bullen unsere Zwecke nahezubringen, geraten sie in Widerspruch zu ihrer legalistischen Berufspraxis. Darum müssen wir mit den Bullen über den Legalismus diskutieren, zu dem sie erzogen werden.

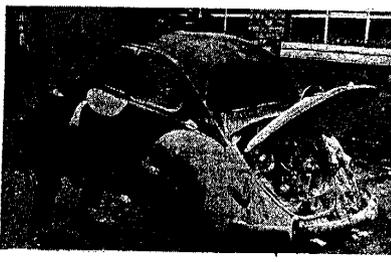
POLIZEI KAMPAGNE !



POLIZEITERROR

Am 21. Juni werden zwei Funkwagen der Polizei angezündet. Die BZ bringt das in Zusammenhang mit einer Verkehrskontrolle von Langhaarigen kurz vorher.

In einer Erklärung der Beteiligten in der Nummer 20 von "883" heißt es dazu: "Dieser Angriff auf die Polizei ist eine direkte Antwort auf die faschistischen Methoden der Neubauer-Brigade. Bei Bedarf werden sich diese Aktionen wiederholen."



Die Polizei hat jetzt begonnen, die linken Treffs zu überwachen und zu kontrollieren. Am 26.6. führten die Scheissbullen ein Kesseltreiben gegen uns "kriminelle und asoziale Elemente" durch. Mindestens 145 Typen von uns sackten sie ein. Einige behielten sie bis heute fest. Von allen machten sie Fingerabdrücke und Fotos !!

Am "Unergründlichen Obdach für Reisende" in der Fasanenstrasse führen sie mit über 10 Kripo-Mannschaftswagen und auf Menschen dressierten Hunden vor und kreisten das Lokal ein. Alle, ohne Ausnahme und ohne Angabe von Gründen, wurden abtransportiert. Wir haben keinen Widerstand geleistet. Trotz Polizeiteror rauchten wir unseren Joint weiter, auch in der Zelle. 60 Leute auf 8 x 2m. Wir sangen "we like Marihuana". 3 Kripo sperren wir in eine Zelle neben uns. 10 von uns wurden auf Rauschgift hin ärztlich untersucht.

Der Platz vor dem Obdach heißt seit gestern Horst-Waller-Platz



Gewalt gegen Gewalt – zu welcher Steigerung der studentische Widerstand gegen die Staatsmacht noch fähig ist,

BLAUSAURE UND POLIZISTEN

Salzsäurebomben, die im Serienabwurf die Reihen der Polizei in Verwirrung brachten und die Polizisten zu panischer Flucht

IN DER RECHTEN DAS GEWEHR IN DER LINKEN DEN JOINT

Nächster Tag - "Tag der Rache"
Den ersten Funkwagen bombardierten wir mit Steinen und provozierten durch einen Anruf die Polizei. Den Mannschaftswagen und den Funkwagen hielten wir in Schach durch Steine. In fünf Angriffen scheuchten wir die Polizisten hinter ihre Autos. Tags drauf geht die Funkwagendemolierung als Ausdruck des sich zur Wehr setzen weiter. Den ersten Funkwagen trieben wir in die Flucht. 6 Mannschaftswagen waren die Antwort. Noch bis zum nächsten Morgen patrouillierte die Polizei mit einem grossen Wagen vor dem "Obdach".

Am nächsten Tag bewerfen wir wieder einen Funkwagen. Aber es kommt keine Polizei mehr:

WIR HABEN WIEDER EIN FREIES GEBIET IN BERLIN ERKÄMPFT UND WIR PROVOZIEREN UND KÄMPFEN WEITER !

WIR WERDEN DIE POLIZEI WEITER DIREKT ANGREIFEN !

DIE ESKALATION DER GEWALT DURCH DIE NEUBAUERBRIGADE ZWINGT UNS, UNS ZUR WEHR ZU SETZEN. WIR BEFREIEN UNS VON DER KONTROLLE DURCH DEN STAAT IN ALL UNSEREN GEBIETEN !

ZERSCHLAGT DEN STAAT mit dem JOINT in DER HAND

Polizei init Steinhagel empfangen

Polizeiterror wird mit Terror beantwortet!
Haschischraucher aller Länder vereinigt euch!
Zwingt die Haschischgesetzhalter zur Aufgabe!

HIT AND RUN
ZUSCHLAGEN VERSCHWINDEN ZUSCHLAGEN
DAS IST DIE LOGIK DES SIEGREICHEN
STADTGEBRIILLAKAMPFES ! (MAO)

Berlin muß brennen, damit wir leben können

Smoke - in !

Um uns in Zukunft besser wehren zu können, um unsere Treffpunkte zu erhalten, und überhaupt, um uns besser kennen zu lernen, treffen wir uns am Samstag, den 5. Juli 1969 zum ersten Westberliner - Smoke - in im Tiergarten, hinter dem Zoo.

Mitbringen: Instrumente, Stoff, Schallplatten, Decken, Plattenspieler mit Batterie, Tap-Recorder und was sonst noch Spaß macht.

Zentralrat der umherschweifenden Haschrebellen

ZENTRALRAT DER UMHERSCHWEIFENDEN HASCHREBELLEN

Brate sechs 5 cm lange Babybanen in Butter zusammen mit sechs Scheiben mageren Speck. Mische einen Teelöffel pulverisiertes Hasch mit zwei EB-Löffeln braunen Zucker. Wickle jede gebackene Banane in eine Speckscheibe und streue die Hasch-Zuckermischung darüber. zum Nachtmisch Wasserpfeife.

SOZIALISTISCHES ANWALTSKOLLEKTIV

Die Rechtsanwälte Mähler, Eschen, Strobel haben sich zu einem sozialistischen Anwaltskollektiv zusammengeschlossen.

Das Anwaltskollektiv zieht zum 1. Juli von der Konstanzer Str. in die Meierstr. 1 (hinter der Volksbühne) um.

SHOPOPP

HARTE DISKUSSIONEN & ERHEITERNDE GERÄUSCHE MÖGLICH

BIERE
KRALITSUPPE
TRODEL KELLER

Ein Forum **GO-IN** für Aktive

TEL. 881 72 18

BLEIBTREUSTRASSE 17

FOLKLORE
CAFE-THEATER
GALERIE
LYRIK FILMCLUB

Teestube.

Galerie Gelhaus
BAYREUTHER Str. 6
13 SORTEN TEE

MAH WITTENBERG Platz
Warme Küche
Zwiebelsuppe.

Jeansjackets
WHITE & BLUE LEVIS
PULLIS & ENGE HEMDEN

BERNARS MEN-SHOP
BERLIN 42
HAUPTSTR. 52
TEL. 78 52 76
SCHNEIDER- & INNEBRÜCKER
BUS 84, 48

LINKSZEFUNGEN

TAG UND NACHT DURCHGEHEND GEÖFFNET.

ROTE RITZE

KREUZBERG
3-PRINZENSTR. 111

STRAK MIT POMMES 4,95
FRITTES U. SALAT

eine Kneipe für linke und liberale scheisser.

DREHSCHLEIB

Platzburger Straße 20
BERLIN 31

20 in- und ausländische Tageszeitungen
40 Zeitschriften
7 verschiedene Biere
7 Wodka-Sorten
4 Fernsehprogramme

UNDOGMATISCHE KNEIPE FÜR LINKE LEUTE
täglich 18 bis 2 Uhr geöffnet
Sonntags nie ! Tel. 86 29 14

PLAKATE KUNSTDRUCKE

Eva's POSTER SHOP

1 BERLIN 41
RHEINSTR. 54

KRIMSKRAMS POSTER BILDER

Polit-Poster ab DM 1,-
Russische Rev. n " 4,50
Filmplakaten n 2,50